

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Dr. 47

Mittwoch, den 25. Februar 1920

48. Jahrgang

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 24. Februar.)

Die Beratung der Anträge über die Beschämung wird fortgesetzt. Abg. Dr. Leidig (D. W.): Wir müssen von der Regierung fordern, daß sie in dieser Zeit, in der eine Million deutscher Familien ohne Wohnung ist, ernsthafte Maßnahmen trifft, um die Wohnungsnot zu beseitigen. — Minister Stegerwald: Den übermäßigen Bezug von Zinsen würden wir gern abweisen, aber wir müssen hierbei im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages bleiben. Mein Grundgedanke ist, daß der Hausbesitz nicht in die Sozialisierungsaktion mit hineingezogen werden darf. Meine Verordnung über die Höchstmieten ist in Hausbesitzerkreisen ganz allgemein aufgefressen worden. — Abg. Dr. Leidig: Wir sind Gegner der freien Wirtschaft auf dem Wohnungseigentum. Aber auch das Wohnungswesen muß sich auf fester rechtlicher Grundlage aufbauen. — Abg. Conrad (D. W.): Ich lege mich dem Vorredner an. — Die Abstimmung wird namentlich in und Mittwoch stattfinden.

Es folgt die Beratung von Anträgen auf Verleihung der Ehrenbürgerwürde. — Abg. Dr. Leidig: Wir sind Gegner der freien Wirtschaft auf dem Wohnungseigentum. Aber auch das Wohnungswesen muß sich auf fester rechtlicher Grundlage aufbauen. — Abg. Conrad (D. W.): Ich lege mich dem Vorredner an. — Die Abstimmung wird namentlich in und Mittwoch stattfinden.

Es folgt die Beratung von Anträgen auf Verleihung der Ehrenbürgerwürde. — Abg. Dr. Leidig: Wir sind Gegner der freien Wirtschaft auf dem Wohnungseigentum. Aber auch das Wohnungswesen muß sich auf fester rechtlicher Grundlage aufbauen. — Abg. Conrad (D. W.): Ich lege mich dem Vorredner an. — Die Abstimmung wird namentlich in und Mittwoch stattfinden.

Erzberger dispensiert.

(W) Nach Bekanntgabe der gestrichenen Steueranträge des Reichsfinanzministers Erzberger in der Presse hat dieser unverzüglich beim Finanzamt in Charlottenburg eine Unteruchung anstellen lassen, die der Unteruchung vorgehen sollte. Gleichzeitig hat er den Herrn Reichspräsidenten gebeten, ihn bis zum Abschluß dieser Unteruchung von der Wahrnehmung seiner Dienstpflicht zu entbinden, damit auch nicht der Schein eines Trudels auf die Unteruchung des Reichspräsidenten fallen möge. Der Herr Reichspräsident hat diesem Ersuchen des Reichsfinanzministers nunmehr entsprochen und angeordnet, die Unteruchung mit technischer Beihilfe durchzuführen und ihm sofort Bericht über das Ergebnis zu erlassen. Mit der Unteruchung des Ministers ist der Unterstaatssekretär Wölke beauftragt.

In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird ausdrücklich betont, daß es sich bei der Dispensierung Erzbergers nur um etwas vorübergehendes handelt. Zu persönlichen rechtlichen Angelegenheiten, wie der Steuerzahlung, wird in der Dispensierung das erste Anzeichen des Sturzes Erzbergers zu sehen sein. Der Reichspräsident will erfahren haben, daß sich gegen die demokratische Fraktion der Nationalversammlung mit der Angelegenheit befaßt.

Zu den Steuererklärungen Erzbergers.

Zu der bekannten widerrechtlichen und nicht zu rechtfertigenden Veröffentlichung der Steuererklärungen Erzbergers läßt sich die Königlich Preussische Zeitung einen längeren Artikel aus Berlin drucken, in dem sich bemerkenswerte Bemerkungen finden. Das genannte Blatt verurteilt zunächst auch die minder Moral, die in diesem zirkulären Mord der Aktienhändler liegt, und schreibt dann:

Aber das ist nur die eine Seite der Sache. Tatsache ist nun einmal, daß gegen den Reichsfinanzminister, den obersten deutschen Finanzbeamten, in aller Öffentlichkeit unter Ausnutzung von offiziellen oder angeblichen Privatsünden Anklagen erhoben worden sind. Herr Erzberger darf diese Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen. Ohne uns in den Verdacht der Verurteilung zu bringen, waren wir es, die den Brand auszusprechen, daß viele von denen, denen Brand jetzt zur Entzündung über die „Anklagen“ des Herrn Erzberger geschüttet ist, alle Veranlassung hätten, an die eigene Brust zu klopfen. Trotz des Widerwillens gegen dieses Phari-

stertum kann man sich der Tatsache nicht verschließen, daß es ein Unterschied ist, ob ein Kaufmann oder irgendein Rittergutsbesitzer Steuern hinterzieht, oder ob ein deutscher Finanzminister das tut. Die Angelegenheit muß also restlos aufgeklärt werden. Dann wird sich zeigen, ob die Anklagen stichhaltig sind.

In Erzbergers Steuererklärungen verbreitet das offiziöse Telegraphenbüro eine Falschmeldung des Finanzministers, worin es heißt: „Der persönliche Kampf gegen den Reichsfinanzminister nimmt immer mehr Formen an, die eine völlige Verurteilung aller Moralbegriffe in erschreckender Weise offenbaren. So ist das laune Gerede möglich geworden, daß die Vermögensverhältnisse des Reichsfinanzministers aus dem Finanzamt Charlottenburg entfernt und photographisch wurden, um als Anklage eines Bankrotts gegen den Reichsfinanzminister veröffentlicht zu werden.“

Die vom Telegraphenbüro verbreitete Erklärung des Reichsfinanzministers gegen die Vermehrung wegen angeblicher Steuerhinterziehung des Ministers Erzberger sucht das Reichsministerium demnach energisch von seinen Nachbarn abzuschieben. An zurechnungsfähiger Stelle wird nachdrücklich betont, es handle sich um eine reine Privatangelegenheit Erzbergers, mit der das Reich nichts zu tun gehabt habe. Das Reichsamt ist nicht beauftragt worden, noch habe es Veranlassung, sich in diesem Sinne der Angelegenheit damit zu befassen.

Im Prozeß Erzberger-Heffterich

behauptete der Angeklagte, daß Erzberger mehrere bei Kapitalüberweisungen ins Ausland mitgewirkt und wohl auch Vorteile davon gehabt habe. Er beantragte, den Staatsanwalt, der solche Fälle bearbeitet, zu vernehmen. Erzberger erklärte diesen Vorwurf für ungescheitelt und beantragte Vernehmung des Geheimrats Heffterich vom Reichsfinanzministerium, den er von der Unteruchungswichtigkeit entbinde. In der Steuerangelegenheit teilt der Oberstaatsanwalt mit, daß ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren neben demjenigen der Steuerbehörde schwebt. Der Angeklagte Heffterich von der Ein- und Ausfuhrabteilung des Kriegsministeriums bestaunt, Abgeordneter Erzberger habe vier- bis fünfmal beim Kriegsministerium interveniert und für dessen die Ausfuhrabteilung für Schusswaffen nach Holland beauftragt, ebenso die Melamaton von Fritz Thyssen. Im Falle Lindner habe er Einkäufe in Standartwagen für etwa 15 Millionen Mark beauftragt. Hier habe auch der Abgeordnete Heffterich mitgewirkt. Erzberger habe zum Schluß dem Standpunkt des Kriegsministeriums Recht gegeben, welches für die Thyssenschen Schusswaffen keine niedrigen Preise habe zugeben wollen, als Deutschland zahlen müßte. Heffterich bemerkt hierzu, ohne Einspruch geltend zu machen, daß Erzberger das Reich um mehrere hunderttausend Mark gebracht habe. — Im weiteren Verlauf fragte Heffterich, ob Erzbergers Melamatonstätigkeit nicht ein Teil der Leistungen war, welche ihm der Thyssenkonzern 40 000 Mark zahlte. Erzberger erwiderte, das müßte doch Thyssen wissen.

Darauf werden die Zeugen zum Falle „Dele und Kette“ vernommen. Kommerzienrat Herz, der letzte Zeuge des Ausschusses für Dele und Kette, bezeugt, daß ihm zwei Fälle bekannt seien, wo Erzberger interveniert, jedoch beide Male erfolglos. Beide Male handelt es sich um die Firma Hegler und Dr. Dent. Der daraus hervorgehende Dr. Dent erklärt, seit vielen Jahren mit Erzberger befreundet zu sein, jedoch nie finanzielle Transaktionen mit ihm gemacht zu haben. Der jetzige Leiter des Kriegsausschusses für Dele und Kette, Direktor Weigel, erklärt, daß Erzberger etwa in 4 bis 6 Fällen bei ihm intervenierte. Im Falle der Firma Hegler und Dr. Dent habe diese eine nach der Lage von Ostpreußen aufgestellten Verpflegung, Öl und Delikatessen abzuliefern, widerstanden. Als sie darauf von einer weiteren Verlieferung ausgeschlossen wurde, wandte sich Erzberger an Weigel, jedoch erfolglos. Er erklärte, daß der Firma Unrecht geschähe sei. — Der Zeuge Salbold bezeugt, daß Erzberger der Firma Hegler und Dr. Dent die Einfuhrbewilligung für Speiseöl, Baumöl, Kaffee und andere Delikatessen aus der Schweiz bewilligte. Als Empfängerin wird die Firma Jung in Frankfurt angegeben. Als die Reichsregierung für Dextroglukose ihre Gebühre von 10 000 Mark bei der Firma erhoben wollte, kam von dort die Antwort, daß die Firma von der Sache nichts wisse und die Zahlung ablehne. Gleichzeitig traf von einem Herrn aus München telegraphisch die Anzeige ein, daß er die 10 000 Mark bezahlen wolle. Daraufhin schloß man Verhandlung ab und die Einfuhr der Waren wurde gestattet. Nunmehr kam eine große Zahl von Telegrammen von Dr. Dent, in denen wiederholt auf Staatssekre-

tär Erzberger hingewiesen wurde. Trotzdem wurde die Verurteilung zur Einfuhr vom Reichsfinanzminister abgelehnt. — Erzberger erklärt, von den hier mitgeteilten Einzelheiten nicht das mindeste gewußt zu haben.

Staatsanwalt Messerschnitt erklärt als Zeuge, daß er über eine Verurteilung Erzbergers an Geldverschöndelungen nach dem Auslande nichts wisse. Es liege aber der Verdacht der Begünstigung vor. Ende 1919 sei bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen den Schweizer Reichsanwalt Zahler eingegangen, der der Kapitalüberweisung nach der Schweiz beschuldigt wäre. Tatsächlich seien schon nach wenigen Tagen etwa 4,2 Millionen Mark beibehalten worden. Der ganze Betrag, der Zahler bezichtigt wurde, betrage 10—15 Millionen. In den Angeklagten gehöre auch der Direktor einer Großbank, der, soweit der Zeuge sich erinnern, aus den Namen Erzberger genannt habe. Kurz darauf sei ein anderer Angeklagter, ein höherer Beamter des Auswärtigen Dienstes, mit seinem Verteidiger bei ihm erschienen und habe erklärt, daß eine Verurteilung der Angelegenheit an höherer Stelle nicht erwünscht sei. Dann habe er eines Tages einen Brief von einem Reichsanwalt Kohn aus München erhalten, der ihm sagte, daß Erzberger der beste Freund Zahlers sei und mit diesem in der Schweiz über die Geldverschöndelungen verhandelt habe. Im übrigen, fügte der Zeuge hinzu, sei Zahler der Spionage verdächtig, und es sei ihm verboten, nach Deutschland zu kommen. — Erzberger erwidert, er habe sich selbst mit Zahler in der Schweiz höchstens einmal getroffen. Er erinnere sich aber genau, ihn bei seiner letzten Unteruchung in der Schweiz nicht getroffen zu haben. Darauf wird Herr Dr. Heffterich, Vorsitzender des Reichsfinanzministeriums, darüber befragt, ob ihm von einer Verurteilung von Kapitalisten durch Erzberger in das Ausland etwas bekannt sei. Der Zeuge bekennt sich. Es gelang dann der Frau Heffterich, die Einberufung einer neuen internationalen Konferenz zur gründlichen Revision des Friedensvertrages zu veranlassen.

(W) Der Reichsfinanzminister Erzberger hat eine Unteruchung mit dem Unterstaatssekretär Wölke, der zugleich mit der deutschen Regierung über den deutsch-russischen Geldverkehr verhandelt, Kopp antrifft: Wir können sofort Geld, Kupfer, Silber, Gold und Holz ausführen, aber wir haben ein dringendes Bedürfnis an Automobilen, Werkzeugmaschinen, Kleider und Melamatonen. Wir würden das Eisenbahnmateriale gern aus Amerika beziehen und hoffen, daß die Amerikaner sich auf das Verfahren des Tauschverkehrs einlassen werden. Wir brauchen Rechner und tüchtige Arbeiter. Ich will jetzt versuchen, deutsche Ingenieure und Mechaniker nach Rußland zu ziehen. Wir sind bereit, in Gold zu zahlen, wenn sie zu uns kommen. Augenblicklich beraten wir in diesem Sinne ein Uebereinkommen mit Deutschland, das jedoch keinerlei politischen Charakter trägt. Ferner wird erwidert, daß die Wirtschaftskommission, die zur Eröffnung der russischen Wirtschaft zusammengetreten ist, sich in kürzester Zeit nach Rußland begeben wird. — Laut „Berliner Tageblatt“ sind nach Kopenhagener Botschaften zurzeit in Rußland für über 200 Milliarden Rubel Papiergeld im Umlauf. Diese Rubel sollen nicht einmal das Papier wert sein, auf dem sie gedruckt sind.

Tagesereignisse.

(Berlangen nach einer gründlichen Revision des Friedensvertrages.) Dem „Messager“ wird aus Moskau berichtet, daß die Ausfuhr auf Annahme des dem Senat unterbreiteten Vorschlages warte, in dem von Wilson die Einberufung einer neuen internationalen Konferenz zur gründlichen Revision des Friedensvertrages verlangt wird.

(Der Entschluß, Rußland auf dem linken Rheinufer.) Wie das französische Kriegsministerium mitteilt, befinden sich seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages auf dem linken Rheinufer folgende Streitkräfte der Entente: General Degoutte mit den Hauptquartieren in Mainz, die ihm unterstellten belgischen, amerikanischen, englischen und französischen Truppen erreichen die Giffen von 110 000 Mann, darunter 75 bis 80 000 Franzosen.

(Der Ausverkauf.) Eine Reihe Wiesbadener bekannter Hotels ist in den letzten Wochen in die Hände von Amerikanern übergegangen. Franzosen kauften die Hotels Gesellschaft Hof und Hofma, letzteres für 1 1/2 Millionen Mark, ein. Der Amerikaner das Hotel Monopol für 3 Millionen Mark, sowie das Parkhotel für 3,8 Millionen Mark, ein. Der Amerikaner der Wiesbadener Hof, das Barocke Vergnügungspalast ging für 600 000 Mark an eine französische Firma über. Weiter wurden eine Reihe Wohn- und Geschäftshäuser an Amerikaner verkauft, darunter zehn Wohnhäuser an einen Spanier.

(„Was, Probe“) Laut Rheinischer Courant berichtet der Pariser Vertreter der Times, daß am Freitag von den Vertretern der Verbündeten in Paris über die Frage der Kriegsbeschädigten beschlossen worden sei, daß England, Frankreich und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf ungerichteten Verbrechern von Deutschland fordern würden. Das gesamte Verurteilungsmateriale werde den deutschen Gerichten vorgelegt werden, vor denen auch eine große Anzahl Zeugen aus den Verbündeten erscheinen werden. Sollte Deutschland bei dieser Probe auf seinen ehelichen Willen verzichten, so würden die Verbündeten Zwangsmaßnahmen anwenden.

(Angeklagter Schultze in der Rheinischen.) Nach der Einführung der Simultanen in der Rheinischen wurde die katholische Kirche in der Diözese über 100 konfessionelle Schulen verlassen. Der Pfalzverband der Bayerischen Volkspartei kündigte deshalb den Schulstreik und Massenprotestversammlungen in den Pfalzstädten an.

(Wulverfabrik Waren) Die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe hat die Wulverfabrik Waren für 30 Mill. Mark an das Reichsministerium abgetreten. Es handelt sich um ein recht erhalten.

Antage, deren Größe dadurch gekennzeichnet wird, daß mit ihr 18 Kilometer Eisenbahnstrecke und 50 Kilometer Straßen verbunden sind. Die künftige Reichsbahn soll dort eine Wagenreparatur in großem Stile einrichten.

(Zwangsarbeit im Roten Staat.) Aus Paris wird gemeldet: Ein vom Eiffelturm aufgefahrener Zirkus aus Moskau berichtet über die neu eingeführte Arbeitspflicht. Die Arbeit wird für obligatorisch erklärt. Die Arbeiter werden für Lebensdauer einem Unternehmen zugewiesen. Ganze Armeen werden nach den Befehlen der Volkskommissare wirtschaftlichen Arbeitsgeboten zugeführt. Dieses Wirtschaftsaufgebot, das mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt wird, soll die Überlegenheit der Zwangsarbeit gegenüber der freien Arbeit beweisen.

(Wirtschaftliche Missionen in Rußland.) Der Reichsminister des Innern in Moskau, Berling, hat heute mit dem russischen Minister des Innern in Berlin zwei wichtige Missionen ernannt. Die eine hat die Aufgabe, die Durchführung des Friedensvertrages mit Rußland zu überwachen. Die andere Mission steht mit der Ausführung der Abrede gegen Rußland in Zusammenhang. Sie besteht in der Überwachung des Handelsverkehrs und soll berichten, mit den ausländischen Handelskreisen in Verbindung zu treten. Beide Missionen stehen mit Moskau in direkter drahtloser Verbindung. In nächster Zeit wird sich auch eine ethnische Mission nach Moskau begeben, um dort die Durchführung des Friedensvertrages zu überwachen.

(Was Rußland braucht.) Der Berliner Reichsminister des Innern hat eine Unteruchung mit dem Unterstaatssekretär Wölke, der zugleich mit der deutschen Regierung über den deutsch-russischen Geldverkehr verhandelt, Kopp antrifft: Wir können sofort Geld, Kupfer, Silber, Gold und Holz ausführen, aber wir haben ein dringendes Bedürfnis an Automobilen, Werkzeugmaschinen, Kleider und Melamatonen. Wir würden das Eisenbahnmateriale gern aus Amerika beziehen und hoffen, daß die Amerikaner sich auf das Verfahren des Tauschverkehrs einlassen werden. Wir brauchen Rechner und tüchtige Arbeiter. Ich will jetzt versuchen, deutsche Ingenieure und Mechaniker nach Rußland zu ziehen. Wir sind bereit, in Gold zu zahlen, wenn sie zu uns kommen. Augenblicklich beraten wir in diesem Sinne ein Uebereinkommen mit Deutschland, das jedoch keinerlei politischen Charakter trägt. Ferner wird erwidert, daß die Wirtschaftskommission, die zur Eröffnung der russischen Wirtschaft zusammengetreten ist, sich in kürzester Zeit nach Rußland begeben wird. — Laut „Berliner Tageblatt“ sind nach Kopenhagener Botschaften zurzeit in Rußland für über 200 Milliarden Rubel Papiergeld im Umlauf. Diese Rubel sollen nicht einmal das Papier wert sein, auf dem sie gedruckt sind.

(Der Entschluß, Rußland auf dem linken Rheinufer.) Wie das französische Kriegsministerium mitteilt, befinden sich seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages auf dem linken Rheinufer folgende Streitkräfte der Entente: General Degoutte mit den Hauptquartieren in Mainz, die ihm unterstellten belgischen, amerikanischen, englischen und französischen Truppen erreichen die Giffen von 110 000 Mann, darunter 75 bis 80 000 Franzosen.

(Der Ausverkauf.) Eine Reihe Wiesbadener bekannter Hotels ist in den letzten Wochen in die Hände von Amerikanern übergegangen. Franzosen kauften die Hotels Gesellschaft Hof und Hofma, letzteres für 1 1/2 Millionen Mark, ein. Der Amerikaner das Hotel Monopol für 3 Millionen Mark, sowie das Parkhotel für 3,8 Millionen Mark, ein. Der Amerikaner der Wiesbadener Hof, das Barocke Vergnügungspalast ging für 600 000 Mark an eine französische Firma über. Weiter wurden eine Reihe Wohn- und Geschäftshäuser an Amerikaner verkauft, darunter zehn Wohnhäuser an einen Spanier.

(„Was, Probe“) Laut Rheinischer Courant berichtet der Pariser Vertreter der Times, daß am Freitag von den Vertretern der Verbündeten in Paris über die Frage der Kriegsbeschädigten beschlossen worden sei, daß England, Frankreich und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf ungerichteten Verbrechern von Deutschland fordern würden. Das gesamte Verurteilungsmateriale werde den deutschen Gerichten vorgelegt werden, vor denen auch eine große Anzahl Zeugen aus den Verbündeten erscheinen werden. Sollte Deutschland bei dieser Probe auf seinen ehelichen Willen verzichten, so würden die Verbündeten Zwangsmaßnahmen anwenden.

(Angeklagter Schultze in der Rheinischen.) Nach der Einführung der Simultanen in der Rheinischen wurde die katholische Kirche in der Diözese über 100 konfessionelle Schulen verlassen. Der Pfalzverband der Bayerischen Volkspartei kündigte deshalb den Schulstreik und Massenprotestversammlungen in den Pfalzstädten an.

(Wulverfabrik Waren) Die Hauptverwaltung der Reichsbetriebe hat die Wulverfabrik Waren für 30 Mill. Mark an das Reichsministerium abgetreten. Es handelt sich um ein recht erhalten.

Kleine Nachrichten.

Der Reichsfinanzminister hat den 2. März zu einer Sitzung eingeladen, in der über eine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeldern beraten werden soll.

Die Reichsminister des Innern und des Handels haben ein Gutachten abgegeben, nach dem die preussische Schulkommmission nicht mit der Reichsregierung vereinbart ist. Die Regierungskommission für das Saargebiet tritt heute in Amt an. Rautenbergsche in einer Proklamation die Sicherheit der Person und des Eigentums, die Freiheit der Religion, Versammlung, Schreie und Sprache. Er sagt weiter die Förderung der Arbeit und des Handels, um die Wohlstand zu erhöhen. Er will eine feste Regierung ins Leben rufen und eine tüchtige Verwaltung aufbauen.

Die Festsetzung der Höchstgrenze
für Mietzinssteigerungen.

Aamen, 25. Febr. Der in Deutschland fast überall eingetretene Wohnungsmangel hat in vielen Orten eine erhebliche Steigerung der Mietspreise zur Folge gehabt. Mietssteigerungen sind zum Theil erfolgt, die mit den obwaltenden Umständen in gar keinem Verhältnis stehen und in manchen Fällen zu richtigen Mietsmühen ansetzen.

Auch der Magistrat der Stadt Rammeln hat eine Höchstgrenze für Mietssteigerungen gemäß der Anordnung des Ministers festgesetzt und diese auf 20% Zufuslag zu dem am 1. Juli 1914 für die Mieträume gezahlten Mietzins bestimmt. Sollte ein Mietzins am 1. Juli 1914 noch nicht vereinbart gewesen oder infolge besonderen Umstände, z. B. wegen Veranlassung an nahe Verwandte oder weil die Wohnung infolge Neubaus noch nicht trocken war, anormal niedrig sein, so kann das Mietsteigerungsamt für die Festsetzung der Höchstgrenze der Mietssteigerung als Mietzinsverweis für die Räume am 1. Juli 1914 denjenigen festsetzen, der den gewöhnlichen Umständen nach am 1. Juli 1914 entbührend gewesen wäre.

zu weiteren Maßnahmen angehalten werden. In dem Mietzins ist nicht nur der an barem Gelde zu leistende Mietpreis einzurechnen, sondern auch sonstige geldwerthe Leistungen des Mieters, die dieser an den Vermieter als Entgelt für die Wohnung mit übernimmt, insbesondere, wenn vereinbarungsgemäß die Kosten für diejenigen Reparaturen der Mieter übernimmt, die durch den gewöhnlichen Gebrauch der Wohnung notwendig werden. Die Ueberschneidung solcher Leistungen ist in Geld abzuschätzen und dem in Geld zu leistenden Mietzins hinzuzurechnen.

Solten der Vermieter und der Mieter sich nicht darüber einigen, in welcher Höhe solche Leistungen auf den Mietpreis anzurechnen sind, so kann das Mietseinzugsamt die Höhe der Anrechnung endgültig festsetzen.

Sollten außergewöhnliche persönliche Verhältnisse es rechtfertigen, so kann das Mietvertragsamt auf Antrag des Mieters banden den Mietzins sogar unter die im allgemeinen sonst angemessene Höhe heruntersetzen.

dem 1. Januar 1917 fertiggestellt oder doch nach dem Termine so umgebaut sind, daß der Umbau als Neubau anzusehen ist, worin im Streitfalle das Mietzeigungsamt entscheidet, findet die Bestimmung über die Festsetzung der Höchstgrenze von Mietsteigerungen keine Anwendung. Für Mietsteigerungen bei Miträumen mit Zentralheizung oder Warmwasserversorgung hat die Anordnung des Wohnungsausschusses noch besondere Bestimmungen getroffen, deren ausführliche Erwähnung hier nicht angebracht erscheint, da in Rahmen der Vermietung solcher Räumlichkeiten nur selten vorkommt.

Namen, 25. Febr. (Verschiedenes.) No-
dem Freistaat Danzig werden gewöhnlich
und Wertpakete wieder angenommen,
doch nur auf Gefahr des Absenders.

Die **preussische Städteordnung** ist fest-
gestellt und wird vom **Ministerium des Inneren**
des **Staatsministeriums** und der **Landesver-
waltung** vorgelegt. Die **Sehlfverwaltung** in
Städte wird darin **erheblich** ausgeübt
das **Aufsichtsrecht** der **Regierung** auf **wenig-
stens** **unmündigen** **Gebietsteilgebieten** **beschränkt**
Alle **Gemeinden** mit **über 15000** **Seelen** **haben**
Stadtrecht **erwerben**. Die **Stadtvorstände**
sammungen **bestehen** **aus** **8** **bis** **100** **an** **4** **Ze-**
gewählten **Bürgervertretern**. Die **Mitglieder**
des **Magistrats** **werden** **auf** **12** **Jahre** **gewählt**

In kleinen Städten kann von der Errichtung eines Magistrats abgesehen werden. Größere Städte sind in Verwaltungsbereiche einzuteilen. In allen Städten haben noch in diesem Jahre neue Stadtverordnetenwahlen stattzufinden. Die Wahlzeit aller Bürgermeister und Beigeordneten erlischt drei Monate nach dem Inkrafttreten der neuen Städteordnung.

(Außerordentliche Tagung des Schwurgerichts.) Nachdem bereits im Januar und auch im Februar 1920 je eine 2 Wochen dauernde Sitzung des Schwurgerichts angeordnet war, wird nun auch im März das Schwurgericht tagen, und zwar beginnt diese außerordentliche Tagung des Schwurgerichts am 15. März.

Die umlaufenden Gerüchte über eine weitere Verteuerung der Postgebühren finden Befätigung durch eine Aeußerung des Reichspostministers Gieseler in einer Versammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter in Essen. Er erwähnte das Inanspruchnehmen einer ganz erheblichen Verteuerung der Postgebühren. Danach soll u. a. das einfache Porto für Briefe auf 40 bis 50 Pfennig erhöht werden. Die übrigen Gebühren für Drucksachen und dergl. sollen ebenfalls entsprechend festgesetzt werden.

Derhe, 25. Febr. (Gottesdienst.) Am kommenden Sonntag findet um 10 Uhr in der hiesigen Kapelle Gottesdienst statt.

(6) **Raffen.** 25. Febr. (Unfallzufall.) In der Grube des Schach IV/IV der Zeche Massen war der Lokomotivführer August Haase aus Unna königsborn damit beschäftigt, ein Lokomotiv zu schimmern, als eine andere Lokomotive vorüberfuhr und H. derartige Bedenken auszusprechen beabsichtigte, die seine Ueberzeugung in das katbolische Krankenhaus erforderlich machten. Un- seinem Auskommen wird gewisfelt.

Anna, 25. Jhr. (Diebstahl.) Ein schwerer Eindruck wurde in einer der letzten Nächte bei dem Kaufmann Selig an der Königstraße verübt. Den Spisbuben fielen Manufakturwaren und Stoffe im Werte von 20- bis 25 000 Mark in die Hände. Desweiteren statterten Diebe auch dem Schneidermeister Elgemann an der Wasserstraße einen Besuch ab. Auch hier fielen ihnen Stoffe von ganz bedeutendem Werte in die Hände.

(TU) **Essen**, 24. Febr. Hier fand am Sonntag und Montag eine außerordentliche Verhandlung des Gewerbevereins christlicher

Der Arbeiter Deutschlands fordert, die aus allen
deutschen Vergleichen besuchte war. Auf der
Tagesordnung stand in erster Linie das Ueber-
sichten-Abkommen. In den Verhandlungen
nahm auch Reichsminister Gieseler teil. Eine
Regelung einer 8-stündigen Arbeitszeit im
Vergleich, zu der sich die sozialdemokratischen
Minister entschloßen, lehnen die christlichen Ver-
treter ab. Die Tagung nahm eine Ent-
scheidung an, in der die christlichen Ver-
treter Deutschlands sich zu Ueberbieten ab-
weichtem Umlange bereit erklärten, aber
nur unter der Bedingung, daß die dabei ge-
forderten Kosten der deutschen Volkswirt-
schaft zugeführt werden und nicht der Entente.
Die Entschloßung fordert die gleichen Ueber-
stunden wie im Vergleich, auch auf den anderen
Arbeitsgebieten der Industrie und der Land-
wirtschaft, vor allen Dingen im Eisenbahnbereich.

(W) Eisen, 24. Febr. (Der Sicherheitsdienst in der 50-km.-Zone.) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird die Reichswehr in nächster Zeit nach Bechluss der Enquete die 50-km.-Zone räumen. Die staatliche Sicherheitspolizei wird alsdann der Sicherheitsdienst in dieser Zone übernehmen. Die gründliche Vorbildung dieser Polizei wird genügende Gewähr dafür bieten, dass in Zukunft die Reichssicherheit auf der Straße, wie immer sich greift und die nächste Ordnung in vollem Maße wieder hergestellt wird. Die beiden größten Städte Mitteldeutschlands (Schorfheide und Jüterbog) werden in nächster Zeit in Tätigkeit getretenen Sicherheitspolizei

haben bereits dank ihrer vorzüglichen Haltung und Ausübung recht gute Erfolge zu verzeichnen. Zur Zeit befindet sich die staatliche Sicherheitspolizei für das Industriegebiet, welche dem Oberpräsidenten von Westfalen unterstellt ist, auf einzelnen Übungsspielen, wo sie für ihre hohe Aufgabe vorgebildet wird. Delle sind bereits in Eisen, Bohlen und Gelfentzügen eingeebt.

(W) Essen, 24. Febr. (Nathan bleibt in Haft.) Das Obergerichtsgericht in Hamm hat die Haftbeschränkung des Direktors Nathan von der Reichsleischverforgung zurückgewiesen. Nathan bleibt nunmehr endgültig in Haft.

TU Aöln, 24. Febr. (Zunehmende Ein-
läßt der Arbeiter.) Bei der L.-G. Vereinigung
Stahlwerke von der Röhren und Riffen-
Eisenstraße haben sich jetzt, nach etwa halbjäh-
rigen Verhandlungen, die Arbeiter des Stahl-
werkes bereit erklärt, einer 48stündigen
Arbeitswoche zuzustimmen. Der Ent-
schluß bedeutet für das Stahlwerk eine Er-
parnis an Kohlen von 20 Prozent
und für die Arbeiter einen umgemessenen
Wochenlohn von 48 Stunden.

Weitere Nachrichten.

haben sie einen vergoldeten Silberfranz, sechs
silberne Kränze, einen vergoldeten Messingfranz
und einen vergoldeten Eisenweig abgehoben;
von dem Sarge Wilhelm's I. einen vergoldeten
Kranz. Diesen haben sie auf dem Rückwege
verloren.

— Die bedrohliche Krise im deutschen Zeitungsgewerbe hatte vorgeführt die schärfsten Zeitungserleger zu einer außerordentlichen Versammlung in Dresden, zusammengeführt. Nach eingehender Ausdrache, in der die katastrophale Lage vieler Zeitungen festgehalten wurde, wurde eine Entschickung angenommen, in der festgelegt wurde, daß die tägliche steigenden Betriebskosten aller Art schon seit Monaten eine Höhe erreicht haben, die sich nur durch eine erhebliche Erhöhung der Bezugs- und Anzeigengebühren eintreiben ausreichen lassen. Nach dem Glande der Dinge scheint daher die schrittweise Erhöhung der Bezugsgebühren um mindestens 50 Prozent und der Anzeigengebühren um mindestens 25 Prozent unvermeidlich. Ferner ist in einstimmigem Beschluß eine Rundgebung an den Ministerpräsidenten Dr. Staudner gerichtet worden, die sich gegen eine Verdrömmung des Demonstrationsaufschusses wendet, durch die die Veröffentlichung von Stellenangeboten und Stellengesuchen in Tages- und Fachzeitungen so gut wie völlig unterbunden wird.

— Auf offener Straße erschossen. In Bremen wurde gestern mittag der Kaufmann v. Cleve, Mitinhaber der Firma Kühne & Cleve auf offener Straße durch einen Schuß in den Rücken getötet. Der Täter, der sich zur darauf durch einen Schuß in den Mund tötete, soll ein früherer Arbeiter der Firma gewesen sein, den die Firma nicht wieder einstellen wollte. Von Cleve war in der früheren nationalsozialistischen und jetzigen Deutschen Volkspartei ein führendes Mitglied.

— 600 000 Mark kassierte Gelder ge-
raubt. Samstag mittag hatten drei Beamte
des Arbeitsamtes in Begleitung von der
Stabskapitänsee 280 000 Mark Bankgeld ge-
bracht und im Automobil zum Arbeitsamt zur Auszah-
lung an die Erwerbslosen gebracht. In einem
Teigang von Haus zur zum Schalterraum kamen
sie in ein offenbar künstlich veranlagtes Gedränge.
Ein Oberassistent, der für 600 000 Mark kün-
stlich eine in zwei Seitenung, wurde
durch einen Schlag gegen den Leib für einen Augen-
blick betäubt, während ihm zwei Leute in Mil-
itäruniform das Geld entreißen und in einem
vor dem Hause stehenden Automobil davonraufen.
Der Vorgang hatte sich so schnell abspielte, daß
aus das Publikum zur Befestigung kam, die Ver-
brecher längst geflüchtet waren. Obwohl alle Bahn-
höfe sofort unter Bewachung gestellt und aus-
sonst alle möglichen Maßnahmen getroffen wur-
den, konnte bisher nichts ermittelt werden.

— **Verstehtenes Eisenbahngut.** In Deutsch-
Lissa wurde am 18. Februar für 50 000 Mk.
aus Eisenbahnbeständen herabhängendes Gut
durch Beamte der Lieverwahrungsbteilung bei
einem Schranenwärter, dessen Sohn, einem
Mangierer und einem Fabrikarbeiter beschlag-
nahmte. Die Täter bestiegen fahrende Güter-
züge und herabstiege sie.

— **Freisacher Raubmord in Oberschleien.** In Jedem im Kreiße Bleß (Oberschleien) wurden der alte Bauer Josef Woa, dessen zwierte Frau und das Dienstmädchen von drei Räubern auf das brutaleste ermordet. Die Räuber wurden drei Tage später verhaftet. Die Sicherheit überhaupt auf dem flachen Lande in Oberschleien ist ganz unmöglich geworden. Räubereien, Diebstähle, Morde häufen sich erschreckend.

— Wieder ein Schlosserbruch. Im Schloß des Fürsten von Schwarzburg der Gischendorf im Kreise Templa wurde ein Einbruch verübt. Die Kriminalpolizei nimmt an, daß die Täter wahrscheinlich drei oder vier sind und ihre Beute an Silbergeschmuck und Waagen im Werte von 100.000 Mark zum Verkauf nach Berlin gebracht haben. Schloß Gischendorf liegt jetzt nur noch einem 70 Jahre alten Förster mit seiner Familie bewohnt. Während diese in ihrer Wohnung in Allgei schlief, drangen die Einbrecher von dem Hintersteile über eine Treppe vor. Sie durchsuchten dann alle drei Stockwerke und erbeuteten viel Geld in der Gestalt dreier Kisten. Auch einen mit starkem Eisenbeschlag versehenen Schrank bewältigten sie. Die geraubten Gegenstände sind mit B. F. L. und B. R. gezeichnet und sind mit einer Krone versehen. Auf Ermittlung der Einbrecher und die Verhaftung der geflüchten Personen ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

— Von dem Deskmädchen eines d. d. D.
sechzehnjährige Tochter des Kaufmanns Deban-
ter, die Debanter, in Polen, ist, während
ihre Eltern zum Besuch in Berlin weilten,
ermordet worden. Die Mörder hatten den
unglücklichen ein Handtuch tief in die Speise-
gabel gepreßt, um sie am Schreien zu ver-
hindern. Aus der Wohnung sind, wie durch
die Kriminalpolizei festgestellt worden ist, Geld
und Wertgegenstände im Betrage von 50 000
Mark geraubt worden. Der Tat verdächtig
ist das Deskmädchen Adwiga Pilolat, das
bei den Eltern der Ermordeten in Stellung
war, und ihr geistlicher Leichhaber, ein 35-
jähriger Soldat namens Senzyl Cyahlowitz.

— Attentat auf den Grafen Michael Karolich. Graf Michael Karolich ist in Brau auf dem Wenzel Platz durch mehrere Schüsse ins Gesicht impalirt worden. Der Attentäter wurde als der Grundbesitzer Gemenz Hanza am Lebensfingern gefasst. Er erkläre, daß Graf Karolich aus Empörung darüber impalirt zu haben, daß der gewesene Präsident des ungarischen Ungarn sich ihm und sorglos in Dankschuldigkeiten pflegen gebe, während in Ungarn als Folge der verabschiedeten Politik Karolich stammende zugrunde gegangen sind und verhungern müßten.

— Ein wissenschaftlicher Aufklärungsakt wird jetzt angeschlossen in U. am Kirchhofen dann gezeigt, und zwar wieder einmal ein Vortag, den die Kulturabteilung der Luft durch einige Autoritäten hat herstellen lassen. Die genannte Abteilung plant die Herausgabe einer großen Reihe solcher medicinischen Vorträge für die Majer die Tuberculose, andere Infektionskrankheiten, Barmpflege ufr. sollen nachher in im Lande behandelt werden. Die hier thätige Arbeit geschieht nicht, versteht sich von selbst. Es werden anberodert, gut gelungene Annahmen vorgeführt werden.

Dem bahrischen Landtage ist nimmehr der Antrag auf Verwilligung von 75 Millionen Mark als erste Rate zum Ausbau des Rhein-Donau-Großschiffahrtsweges zugegangen. Die Verwilligung ist gesichert, jedoch wird zugleich gemäß dem Beschluß des Finanz- und Wirtschaftsausschusses die Einbeziehung der Städte Münden und Augsburg in das Programm gefordert.

Generalfeldmarschall v. Mäcken-
sen hat das Gut Falkenwalde bei Stettin er-
worben. Er wird bereits in den nächsten Tagen
nach seiner Besichtigung übersiedeln.

Der Streik der bulgarischen Eisenbahner ist nach städiger Dauer beendet. Die Regierung kündigt an, daß sie mit der Entfernung aller Unführer fortfahren wird.

Mus dem ansehnlichen Bestreben be-
richtet das Mittheil der Nationalversammlung
Dr. Rätke, Stadtmagistrat über polnische
Ueberriffe gegen Vermögen und Eigentum.

Am Heilsacht des Kunststücken Mus-
seums in Wien wurden die verstorbenen
Marshall als jedes ohne Goldgummi und
Brillanten wieder aufgefunden.

Namen, 25. Febr. Der Bunte Abend,
den der M.-G.-V. Auguste Victoria am 18. Januar

verunsahliche, hatte einen betagten Herrn als
aufzuwecken, daß viele Freunde und Gönner des
Vereins seinen Platz erhalten konnten. Um den
Mängeln aller gerecht zu werden, fand am letzten
Sonntag im Sädhöfen eine Wiederholung statt,
zu der sich viele Teilnehmer eingefunden hatten.
Der Verein sang Mathieu Reumanns nettes
Liedchen „Bon Nafsen“ und Schöpfers „D
Mädchen vor der Stimmastär“ recht wirkungsvoll.
Die choristischen Gaben fanden starken Beifall und
erzwangen eine Wiederholung. Wir hörten zum
ersten Male zwei heimliche Solisten, den Tenoristen
Burdorf und den Baritonisten Walter.
Beide Sänger verfügen über sehr sympathische und
ausdrucksvolle Stimmittel und es wäre zu wünschen,
wenn beide sich weiter der Stimmgattung unter-
ziehen würden. Besonders gefiel uns „Der letzte
Gruf“ von H. Herr (Herr Burdorf) und „In
meiner Heimat“ von H. Bach (Herr Walter). Leider
verlor der reizende „Seng“ von Wäddach an Wie-
fungs Kraft durch falsche Intonation im Anfang
und dies bedingte wegen der Rücksichtnahme
mit der Begleitung Unzufriedenheit. Ein leiser An-
schlag des Anfangstones durch den Pianisten
selbst bei vielen bedeutenden Sängern tödlich und
würde auch hier von Vorteil gewesen. Herr Walter
möge dieses aber nicht abhalten, weiter zu singen
und zu freuen, sein in allen Lagen schönes Organ
verdient es. Wir hoffen, beide Sänger noch oft
auf dem Programm bezeichnet zu finden. Dank
der Verein über gute Theaterbesuche verrät,
seit langem bekannt. Das zeigte sich auch jetzt
wieder bei der Aufführung des Wiederbes. „Am
Brunnen vor dem Tore“. Fast wurde gespielt
in jeder Mitwirkende war bei der Sache und es
musste das Werk gelingen. Das Publikum amüsierte
sich tödlich und so verlief der Abend trefflich.

Namen, 25. Febr. Der Familiennachmittag des Musikvereins, der am Sonntag im Bergischen Saale stattfand, nahm in seinen Feilen einen glänzenden Verlauf. Der Besuch war über alles Erwarten zahlreich. Der Kaffee und Kuchen, von jungen Damen dargboten, entwickelte sich bei einer gemüthlichen Stimmung. Das Programm trar reichhaltig. Es begann mit dem vorzüglich gespielten und feinsinnig wirkenden Theaterstück „Der Hauslehrer“. Dann wechselten Singspiele und kunstvolle Tänze miteinander ab. Darbietung und Kostümierung waren vorzüglich und die feinsinnige Ausstattung der Bühne gab dem Ganzen einen geschmackvollen Rahmen. Man hörte nur Stimmen des Lobes über die mitwirkenden Damen und Herren, die sich nicht beschränkten ihr Bestes zu geben, über den technischen Leiter Herrn Tanzgeber D. Bäcker, und vor allen über den „spiritus rektor“ der ganzen Veranstaltung, Frau Geheimrat Dr. Benzmann. Wir glauben im Sinne aller Zuschauer zu handeln, wenn wir letzterer an dieser Stelle besonderen Dank für das Gebotene aussprechen. — Der Musikverein hat bewiesen, daß er neben seinem ersten Streben Pflege der Musik, es auch versteht, Gesellschaften und wahre, echte Gemüthlichkeit unter seinen Mitgliebern anzubilden und zu fördern. Er hat offenbar durch diesen Familiennachmittag das Band unter allen seinen Freunden enger geknüpft.

Damen, 25. Febr. Zwei interessante Fußball-Spiele von Jugend-Mannschaften wurden

im vergangenen Sonntag auf dem
des Sportvereins von 1913 ausgetragen. Um
2 Uhr fanden sich zunächst die zweiten Jugend-
Mannschaften des genannten Vereins und des
Turnvereins Linna von 1881 gegenüber. Die
Jungen lieferten ein flottes und schönes Spiel
aus dem die Kamener schließlich mit 5:0 Toren
als Sieger hervorgingen. — Anschließend be-
traten die ersten Jugend-Mannschaften beider
Vereine zum flüggen Meisterschaftsspiel. Ein
solch interessantes Spiel hat man in Kamener
von Jugend-Mannschaften bisher wohl noch nicht
gesehen. Besonders angenehm fiel diesmal bei
den Mannschaften die Ruhe beim Spiel an.
Auf. Hauptsächlich blies das auch für die Zu-
kunft zu. Die Kamener Mannschaft war durch-
weg gut und die bessere. Nicht weniger als
14 mal landete der Ball im feindlichen Tor.
Die Unner konnten trotz gewaltiger Anstren-
gungen das hohlbekannte Ehrentor nicht treten.
Bei dem darauf folgenden Spiel Sportverein
3. Stamm-Mannschaft — Turnverein Linna
3. Mannschaft konnten die Unner mit 3:
2 Toren den Sieg für sich buhen. Obgleich die
Unner Mannschaft die bessere war, hätten die
Kamener das Resultat bei etwas durchdachtem
Spiel wohl auf unentschieden stellen können.
Einen großen Teil an der Niederlage trägt
der Vorfaller Kamens, der einen schlechten Zu-
satz und zudem, so wird uns berichtet, recht
leiseltinnig war. Hervorzuheben sind von der
Kamener Mannschaft der linksaußenstürmer und
der Mittelflügel; Turnvereins Mannschaft fast
ganz im ganzen besser zusammen. — Die erste
Mannschaft des S.-V. spielte in Werne un-
schuldig den dortigen Ballspielverein mit 7:
2 Toren. — Am kommenden Sonntag, den 9.
d. M., spielt Sportverein 1. Mannschaft aus-
dem Sportplatz „Schützenhof“ mit dem Sport-
klub „Freiwillen-Werl mal wieder um die
Meisterschaft. Näheres siehe in der Sonntags-
ausgabe dieser Zeitung.

— Einbruch im Charlottenburgs Mausoleum. Eine schwere Verabfindung wur

gestern nachmittag im Cha-lottenburger Schloß
part endete. Als der Aufseher des Ma-
solums die Hezung nachsehen wollte, fand
in den Heizräumen einen begoldeten Stoa
Er begab sich sofort in den Geißraum, aus
der Kranz stammen mußte und sah nun hi-
eine arge Verwüstung. Der Deckel des Sarges
königlich Weiße stand neben dem Sarge. Die Er-
brecher hatten ihn gewaltsam entfernt und die
Sarg nach Schmuckstücken durchsucht und be-
raubt. Von den Särgen der Kaiserin Auguste
und des Prinzen Albrecht und des Fürsten Liegn-

